

[www.parlamentarismus.at](http://www.parlamentarismus.at)  
[melanie.sully@parlamentarismus.at](mailto:melanie.sully@parlamentarismus.at)  
Wien, 13.9.2010

### **Internationale Konferenz der OSZE über Demokratie und Gleichbehandlung in Politik und Wirtschaft**

Am 8. und 9. September 2010 fand eine internationale Konferenz der OSZE in Moldawien zum Thema „Wie können Politik und Wirtschaftswachstum von einer stärkeren Einbindung von Frauen profitieren?“ statt, an der der Präsident, Dr Werner Zögernitz, und die Vizepräsidentin, Dr Melanie Sully, des *Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen* teilnahmen. Dr Zögernitz hielt dabei ein Grundsatzreferat zum Thema „Quota and non-quota provisions – best practices in the EU“.

An dieser Veranstaltung nahmen Parlamentarier, Diplomaten sowie Vertreter von NGO's und der Zivilgesellschaft in Moldawien sowie internationale Experten aus Schweden, Slowenien, Weißrussland und der Ukraine teil.

Dr. Zögernitz befasste sich mit den Vor- und Nachteilen von Quoten und wies auch auf andere Anreize hin, um Frauen für die Politik zu interessieren. Er erwähnte u.a., dass das Wahlsystem hierbei eine besondere Bedeutung habe.

Insbesondere strich er die „best practices“ in der EU hervor, verwies aber auch darauf, dass es bei Genderfragen auch Rückschläge gegeben habe. So gehören den erst vor kurzem gebildeten Regierungen in Ungarn und der Tschechischen Republik keine Frauen als Seniorminister an. Insgesamt gesehen sei aber der Frauenanteil in der Politik leicht steigend. Von den zwölf direkt gewählten Staatspräsidenten sind derzeit drei Frauen. Auch die Zahl der Premierministerinnen bzw. Bundeskanzlerinnen hat sich vor kurzem von eins auf drei erhöht, was etwas mehr als

11 % ausmacht. So gibt es nunmehr zusätzlich zu Deutschland auch in Finnland und in der Slowakei Frauen als Regierungschefinnen.

Während früher Seniorministerinnen eher mit Themen wie Familie, Soziales, Unterricht und Wissenschaft befasst waren, dringen nun langsam auch Frauen in Bereiche vor, die traditionell von Männern besetzt sind. So gibt es derzeit z.B. in Dänemark Ministerinnen für Auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung und in Slowenien ist eine Frau für das Verteidigungsressort verantwortlich. In Österreich, Finnland, Litauen und Slowenien führen Frauen das Innenressort. Auch im Vereinigten Königreich wird das Innenressort von einer Frau geleitet, die gleichzeitig für Genderfragen zuständig ist. In Litauen wiederum steht eine Frau dem Finanzressort vor.

Dr. Zögernitz wies auch darauf hin, dass in einigen EU-Staaten Ministerien geschaffen wurden, die sich mit Gleichbehandlungsfragen befassen. Dies ist beispielsweise in Österreich, Deutschland, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Spanien, Dänemark und Italien der Fall. In Deutschland und Schweden allerdings werden die diesbezüglichen Ministerinnen durch männliche Staatssekretäre unterstützt.

In diesem Zusammenhang strich Dr. Zögernitz hervor, dass weibliche Minister ebenfalls die Genderbilanz beachten sollten und nicht ihre Ministerien nur mit Frauen bestücken, die die Männer lediglich verdrängen und das von ihnen kritisierte männliche Verhalten weiterführen.

Er sprach sich abschließend für eine Koalition von Männern und Frauen in der Politik aus, um Fortschritte für Frauen in den politischen Parteien, in den Gesetzgebungen und in den Regierungen zu erreichen.